Die Linke
Fraktion in der
Marburger Stadtver-
ordnetenversammlung

Elisabethstr. 9
35037 Marburg
Tel. 06421-163873
info@die-linke-marburg.de
www.die-linke-marburg.de

Bericht aus der Marburger Stadtverordnetenversammlung vom 15.11.2024

Neue Satzung für Grund- und Gewerbesteuer – Bebauungspläne für Hasenkopf, Oberer Rotenberg und Südbahnhofareal ausgelegt – Auseinandersetzung um Liebigstraße entschieden – 4 Anträge der Linken zu Ferienwohnungen, Wohnungstausch, Gehwegparken und Richtsberg 88 in der Diskussion.

Ohne Diskussion verlief die Abstimmung über die Neufestsetzung der Kanalgebühren. Selbstredend stimmte Die Linke der Erhöhung nicht zu, denn in den verschiedensten Bereichen der Lebensversorgung summieren sich die Einzelbeträge im kommenden Jahr erheblich. Die Mehrheit von Koalition und Bürgerlichen wollte das verantworten.

Ausführliche Debatte um die Grund- und die Gewerbesteuer

Zunächst zur Grundsteuer. Sie wird generell ab Januar 2025 neu berechnet und bezieht sich in der Form B auf bebaute Wohngrundstücke. Die Kommunen, die diese Steuer einziehen, sind gehalten, die Hebesätze „aufkommensneutral“ zu gestalten, also nicht an der Veränderung zu verdienen. Dennoch wird sich für Eigenheimbesitzer die Steuer erhöhen, z.B. wenn die Lage ihres Grundstücks neu bewertet wird. Der Linken-Stadtverordnete Jan Schalauske nahm differenziert Stellung und wertete die rechtliche Neugestaltung der Grundsteuer B durch das Land als eine unsoziale Steuer, weil sie eine Vielzahl von kleinen und mittleren Eigentümern trifft und nicht berücksichtigt, ob auf dem Grund ein Einfamilienhaus oder ein Palast steht. Luxus wird nicht bewertet.

Anders sieht es aus bei der möglichen Grundsteuer C, die sich auf bebauungsfähige, aber brachliegende Grundstücke bezieht. Hier konstatierte Schalauske angesichts des Wohnungsmangels die hohe Gefahr der Spekulation und warb für Die Linke für eine Besteuerung. Bedauerlicherweise soll die Grundsteuer C erst 2026 kommen. Mit Zustimmung der Linken soll der Magistrat dafür ein Konzept entwickeln.

Und erneut Gewerbesteuer. Es ist gerade zwei Jahre her, dass die Gewinne am Pharmastandort aus allen Nähten platzten. Eine Mehrheit im Stadtparlament „gratulierte“ den Konzernen mit Steuersenkung. Nun hat das Land Hessen den sog. Nivellierungssatz für die Gewerbesteuer neu festgelegt, so dass Marburg, bliebe alles wie es ist, erhöhte Umlagen zahlen müsste. Für Die Linke forderte Renate Bastian, sich dem bundesdeutschen Durchschnitt beim Hebesatz der Gewerbesteuer anzuschließen, das hieße: 435 Punkte statt bisher 357. Das würde finanziellen Raum schaffen für notwendige sozial-ökologische Projekte. Immerhin hat die Stadt Marburg durch die Senkung der Gewerbe-

steuer in den Jahren 2022 bis 2024 rund 87 Millionen Euro verloren, wie eine kleine Anfrage der Linken aufdeckte. Aber die Mehrheit der StVV will noch nicht einmal zum alten Wert von 400 Punkten zurück – ein Stand, mit dem sich auch die MLP (MarburgerLinke&Piraten) begnügt hätte.

Ungewöhnlich ist zudem, über die Haushaltssatzung unabhängig von der Debatte über den Haushalt zu beschließen. Denn schließlich ist die Gewerbesteuer die Hauteinnahmequelle und somit ein wichtiges Steuerungselement für die Ausgaben.

Zankapfel Liebigstraße

In der Auseinandersetzung darum, was das Verkehrskonzept Move35 darf und was nicht und ob es überhaupt etwas darf, spielte die aktuelle Sanierung der Liebigstraße eine große Rolle. Es gab nicht wenige Stimmen aus CDU/FDP/BfM, die nach der Grundsanierung der Versorgungsleitungen den vorherigen Zustand unverändert wiederherstellen wollten: exakt so unwirtlich, exakt so überhitzt, mit exakt so vielen Parkplätzen. Mühsam setzte sich die Mehrheit durch: klima- und menschenfreundliche Sanierung mit Bäumen verbessern die Aufenthaltsqualität. CDU/FDP/BfM gingen nicht mehr auf die verbale Barrikade, stimmten aber mit Nein.

Bebauung Hasenkopf, Oberer Rotenberg, Südbahnhofareal

Für alle drei Bereiche ist ein Bebauungsplan entworfen, der nun der Öffentlichkeit zur Begutachtung, Stellungnahme vorgelegt werden soll (muss), bevor er endgültig beschlossen wird. Was eigentlich eine Selbstverständlichkeit ist, verweigerten CDU/FDP/BfM und stimmten gegen die Offenlegung und damit gegen die Bürgerbeteiligung am Oberen Rotenberg, weil man dort lieber Einfamilienhäuser als bezahlbaren Wohnungsbau und neue gemeinschaftliche Wohnformen will. Sie blieben in der Minderheit.

Antragspaket der Linken zur Abmilderung der Wohnungsnot

Gleich drei Anträge legte die Fraktion Die Linke vor, um dem Mangel an bezahlbarem Wohnraum entgegenzuwirken: Schnellstmöglicher Bau von studentischem Wohnraum am Richtsberg 88 / Konzept Wohnungstausch / Ferienwohnungssatzung. Die Koalition kam in arge Erklärungsnot bei der Ablehnung dieser Anträge. Denn niemand konnte ernsthaft gutheißen, dass Jahre nach dem Abriss des Hochhauses für Studierende mit Kindern Richtsberg 88 immer noch kein Ersatz entstanden ist; niemand konnte ernsthaft gegen ein Konzept sein, das den Wohnungstausch ermöglicht, wenn z.B. Senior*innen nicht mehr alle bisherigen Räume benötigen; niemand konnte leugnen, dass ausufernde Ferienvermietung dringend benötigte Wohnungen zweckentfremdet. Miguel Sanchez beschrieb eindringlich die unsozialen Folgen des Tourismus auf diesem Gebiet. Skurrile Situation: Die Probleme werden anerkannt, die Lösungsansätze weggestimmt.

Koalition reagiert auf Umweg. Die Koalition forderte den Magistrat in einem eigenen Antrag auf, „optimierte und generationengerechte Wohnflächennutzung voranzutreiben“.

Verbreitetes Übel: Parken auf den Gehsteigen

Nach einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts ist Parken auf den Gehsteigen unzulässig. Verschiedene Maßnahmen wie Beschilderung bei Ausnahmen und Mindestbreite für die Fußgänger müssen eingehalten werden. Immerhin wurde einstimmig dem Antrag der Linken so weit zugestimmt, dass der Magistrat zeitnah ein Konzept zur Freihaltung von Gehwegen entwickeln soll.

Antrag zur Anpassung des Anwohnerparkens, gestellt von der Koalition. Der beabsichtigten Erhöhung der jährlichen Kosten stimmte Die Linke aufgrund der zahlreichen Gebührenerhöhungen nicht zu, verschloss sich aber nicht dem Gedanken einer sozialen Staffelung, falls die Mehrheit die Erhöhung durchsetzt – was sie tat.

Freundliche Grüße von der Fraktion Die Linke

Renate Bastian, Miguel Sanchez, Jan Schalauske